

Nachhaltige Klimapolitik¹

Im Fokus der gesellschaftlichen Debatte in Deutschland und in anderen Ländern stehen, wie schon vor 20 oder mehr Jahren, Maßnahmen zur Minderung der nationalen Emission von Treibhausgasen. Dazu zählt nicht nur die Bepreisung des CO₂-Ausstoßes, sondern auch die Aufforstung unseres Baumbestands und die Förderung von erneuerbaren Energien, die Wärmeisolierung von Gebäuden und die Reduktion der Mehrwertsteuer auf Fahrkarten der Bahn.

Das Klimaprogramm der Bundesregierung hat die von Deutschland ausgehenden Emissionen von Treibhausgasen im Blick, kann aber nicht schlüssig nachweisen, wie relevant die deutsche Reduktion um 3/4 Gigatonnen CO₂ ist angesichts der globalen 35 bis 40 Gigatonnen. Hinweise auf die geringe Wirkung der deutschen Maßnahmen werden beantwortet mit unserer angeblichen Vorbildfunktion, welche die Menschen in anderen Teilen der Welt veranlassen würde, in gleichem Maße ihre Emissionen zu senken.

Dies ist jedoch eine Illusion, sofern es um die bevölkerungsreichen Länder außerhalb Europas geht, da es dort – wie in den sogenannten Millenniumszielen der Vereinten Nationen festgestellt – neben dem Klimathema auch andere gravierende gesellschaftliche Herausforderungen gibt wie Hunger und Armut. Diesem Argument wird oft entgegnet, dann könne man ja gar nichts tun. Aber das ist falsch.

In der Debatte wird meist die Vorsorge-Herausforderung übersehen: nämlich Mensch, Gesellschaft und Natur vor den Wetterkapriolen und deren Verschärfung durch unvermeidbare Klimaänderungen zu schützen.

Stattdessen werden Extremereignisse wie etwa die Flutkatastrophe an der Ahr 2021 als Folge des menschengemachten Klimawandels gedeutet, gegen die nur die Minderung der deutschen Emissionen helfen würde. Unabhängig von der Sinnhaftigkeit, weltweit die Emissionen zu mindern, geht es in diesem Fall vor allem um regionale Anpassungen in direkter Verantwortung der Länder.

Derzeit wird das vorhandene politische Kapital fast ausschließlich in die Vermeidung nationaler Emissionen investiert. Das ist zweifellos ein förderungswürdiges Unterfangen – aber es ist nur beschränkt wirksam, um dem Problem der sich in der Atmosphäre ansammelnden Treibhausgase und deren Wirkung auf das Klima zu begegnen.

¹ Erschien auch unter dem Titel »Deutschland hat das falsche Ziel«, in *DIE WELT* vom 03.02.2022.

Hinzu kommt, dass viele glauben, die Gelegenheit nutzen zu können, um andere Themen auf die Agenda zu bringen, denen eine signifikante Klimarelevanz angeheftet wird: die Frage der Luftqualität und damit der Nutzung von Dieselfahrzeugen in Städten, die Frage der Schiffsabgabe in Häfen, des Nachtbetriebs von Flughäfen, Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Autobahnen, Tierwohl oder Plastikmüll in den Weltmeeren.

Ein wenig diskutiertes Phänomen ist die Verweildauer der Treibhausgase in der Atmosphäre. Bis die zusätzlich eingebrachten Gase die Atmosphäre verlassen, vergehen viele Jahrzehnte oder gar Jahrhunderte. Ob der vom Menschen verursachte Klimawandel wirklich reversibel ist, bleibt unsicher. Die IPCC Berichte, auch der jüngste von 2018, schätzen, dass sich der Klimawandel erst in Hunderten von Jahren umkehren könnte, nachdem die Emissionen vollständig gestoppt wurden. Mit anderen Worten: Der anthropogene Klimawandel ist mindestens viele Generationen lang irreversibel.

Die bisher eingetretenen und in den folgenden Jahren sich materialisierenden Klimaveränderungen werden also anhalten und schließlich als »normal« angesehen werden, unabhängig von der ehrgeizigen Planung zur Beendigung der Freisetzung von Treibhausgasen. Das heißt: Der Klimawandel ist da, wir können ihn einschränken, aber wir müssen mit klimatischen Veränderungen leben. Maßnahmen zur Abschwächung, die sogenannte Mitigation, vermindern die klimatischen Veränderungen, aber sie machen sie nicht ungeschehen. Politik, Gesellschaft und Wissenschaft sollten sich daher nicht nur um Mitigation, sondern auch um Vorsorgemaßnahmen kümmern. Verkompliziert wird das allerdings durch drei Faktoren.

1. Es gibt keine aufeinander abgestimmten Zeitskalen für nachhaltige Ergebnisse der Mäßigung und der Anpassung. Die Erfolge der Mäßigung des Ausstoßes von Treibhausgasen zeigen sich erst in fernerer Zukunft. Selbst die sofortige Durchsetzung deutlicher Emissionsreduktionen kommt nicht rechtzeitig, um den Klimawandel in den kommenden Jahrzehnten radikal zu begrenzen. Solange Treibhausgase irgendwo auf der Welt freigesetzt werden ohne Kompensation, wird sich das Klima weiter ändern.

2. Die Gefährdung durch klimabedingte Extremereignisse wie Starkregen, Überschwemmungen und Hitzeperioden war und ist in vielen Regionen dieser Welt groß, und sie ist im letzten Jahrhundert durchaus größer geworden aufgrund gesellschaftlicher Entwicklungen wie der Nutzung problematischer Landstriche. Die Verletzlichkeit unserer Existenzgrundlagen steigt in dem Maß, in dem die wachsende Weltbevölkerung in Regionen siedelt, die gefährdet sind, in denen wachsende Bevölkerungsgruppen schutzlos marginalisiert werden und aufgrund der politischen Ökonomie Opfer von so genannten Naturkatastrophen werden. Dramatisch hat sich diese gewachsene Verletzlichkeit gezeigt bei

der Ahrflut, die zu einer Katastrophe wurde in einer Region, die trotz historischer Evidenz auf ausreichende Anpassung weitgehend verzichtet hatte.

3. Die Regionen dieser Welt, deren Existenzgrundlagen von den Folgen der weltweiten Klimaveränderungen besonders betroffen sein werden, insbesondere die »least developed countries«, fordern schon heute mit Recht und mit wachsendem Nachdruck, dass sich die Welt um ihren Schutz und nicht nur um den Schutz des Klimas kümmern müsse.

Was kann die deutsche Gesellschaft konkret tun – jenseits der zahlreichen, weitgehend wirkungslosen symbolischen Akte? Darauf gibt es zwei Antworten.

Um wirksam zu sein, muss sich der deutsche Beitrag erstens auf die Entwicklung und Erprobung klimarelevanter Technologien konzentrieren, deren Wirtschaftlichkeit global überzeugt – und nicht auf die in der globalen Summe kaum zählende deutsche Minderung der Emissionen. Hier kann man an direkte finanzielle Förderung denken, etwa durch gemeinnütziges *crowd funding*, durch die Bereitschaft, noch nicht vollendete Technologien wie etwa E-Autos zu nutzen, um deren Marktreife zu fördern. Dieser Ansatz wird langsam im deutschen Politikbetrieb sichtbar.

Zweitens sollten wir unsere Verletzlichkeit durch Anpassungsmaßnahmen mindern, die sich dann auch in anderen Regionen der Welt bewähren können. Gerade die Anpassung ist politisch wesentlich leichter durchzusetzen und zu legitimieren als Mäßigungsstrategien. Sie wäre auch deshalb attraktiv, weil ihr Erfolg nicht in ferner Zukunft eintritt.

Adaptionsprozesse können auch beitragen zu nachhaltigem Wirtschaften. Anpassung kann Emissionsminderung nicht ersetzen, aber Anpassung kann zur Reduktion des Ausstoßes von Treibhausgasen beitragen. Andererseits führt eine Reduktion der Emissionen allein nicht unbedingt zu besserer Anpassung. Denn jede Nachhaltigkeit ist lokal. Es geht nicht nur darum, Küstendeiche zu erhöhen, sondern auch um ein Bündel von Maßnahmen im Gesundheitswesen, in der Mobilität, bei den Erwartungen an den Wohnraum, in der Wasserversorgung, im Flächenverbrauch oder im Management der Ökosysteme der Küsten. Man muss in den kommenden Jahrzehnten zunehmend an das Machbare denken. Und ein wesentlicher Teil des Machbaren ist Vorsorge.

Kurz und radikal formuliert: Wir sollten uns daran machen, uns auf wirksame Maßnahmen zur Bewältigung des Klimawandels zu besinnen und darauf verzichten, ihn als argumentatives Vehikel zur Durchsetzung anderer Ziele einzusetzen. Wir müssen lernen, mit dem Klimawandel und seinen Herausforderungen zu leben. Anpassungs- und Minderungsmaßnahmen sind beide signifikante politische Ziele, sie widersprechen sich nicht. Deshalb gehören beide ganz oben auf die politische Agenda.